

PRESSEGESPRÄCH VOM 22.10.2025

KiBiz bleibt Mumpitz

Frühkindliche Bildung im Rückschritt

Die Landesregierung hat ein Eckpunktepapier für eine KiBiz-Revision vorgelegt, die in der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten soll.

Was dabei nicht im Vordergrund steht: Das Wohl des Kindes. Aber genau darum sollte es im Kern gehen! Was wir aktuell stattdessen erleben: **den größten Rückschritt bei der Kita-Qualität seit Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz).**

Die Vorschläge von Familienministerin Paul sind ein Sparmodell zu Lasten der Jüngsten. Als SPD-Fraktion wissen wir um die Bedeutung der frühkindlichen Bildung für den weiteren Bildungsweg der Kinder.

Angesichts des immer stärkeren Abrutschens Nordrhein-Westfalens in Bildungsvergleichen, jüngst belegt durch die aktuelle IQB-Studie, kann sich unser Land diese Abwärtsspirale nicht leisten.

Kern- und Randzeiten mit unterschiedlichem Personaleinsatz

Nur noch an 5 Stunden täglich sollen die bisherigen Standards verpflichtend gelten. In allen übrigen Zeiten werden die Personalstandards „flexibilisiert“, sprich abgesenkt. Träger sollen „eigenständig den Betreuungsschlüssel als auch die Qualifikation des eingesetzten Personals“ bestimmen können. Zum Flickenteppich bei den Kita-Beiträgen käme so ein Flickenteppich bei der Qualität hinzu. Das wäre bildungspolitisch ein gewaltiger Rückschritt mit Langzeitfolgen für die gesamte Bildungskette. Besonders in finanzschwachen Kommunen, die keine Trägeranteile übernehmen können, wird die Ausstattung mit Fachkräften in Kitas sinken. Das sind oftmals genau die Kommunen, die viele Kinder und Familien mit besonders großen Förderbedarfen haben.

„Grundsätzlich ist anzumerken, dass jede Zeit in der Kita Bildungszeit ist. Eine Trennung von Bildungs- und Betreuungszeit ist nicht möglich. Dies wird auch im Bildungsverständnis, welches in den Bildungsgrundsätzen des Landes NRW und unter §22 (3) SGB VIII verankert ist, deutlich.“

(Anmerkung der Freien Wohlfahrt zum Eckpunktepapier)

Wird eine Abkehr vom Fachkräftegebot in der Kita-Landschaft getragen? Ein Hinweis gibt darauf die Anwendung des Paragraphen 15 der Personalverordnung, der vorübergehend zulässt, mit nur einer Fachkraft bis zu 60 Kinder zu beaufsichtigen, wenn dafür Ergänzungskräfte einspringen. Seit Neufassung der Personalverordnung im Dezember 2024 hat es landesweit bei ca. 10.700 Kitas lediglich 25 Anträge gegeben, von den nur 19 bewilligt wurden.

Größere Kita-Gruppen

Dahinter verbirgt sich die Möglichkeit Gruppen noch stärker überzubelegen als bisher möglich. Weniger Fachkräfte für mehr Kinder bedeutet deutlich weniger Förderung. Erzieherinnen und Erzieher werden stärker belastet, auch die Raumsituation ist oftmals dafür nicht ausgelegt, das wirkt sich in Summe auf die Kinder aus.

„Dieses Vorgehen würde zu einer weiteren Standardabsenkung, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren und Kinder mit Förderbedarfen sowie für die Mitarbeitenden zu deutlichen Mehrbelastungen führen.“

(Anmerkung der Freien Wohlfahrt zum Eckpunktepapier)

Personaloffensive verschoben – weniger Unterstützung für Fachkräfte?

Die Fördersätze für die praxisintegrierte Erzieherausbildung sollen erst 2027 steigen und die praxisintegrierte Kinderpflegeausbildung ins KiBiz aufgenommen werden. Konkret wird das Papier nur bei der Summe von 50 Millionen Euro, die jährlich „aus dem KiBiz“ zur Verfügung gestellt werden soll. Die Formulierung deutet darauf hin, dass das „zusätzliche“ Geld an anderer Stelle im KiBiz eingespart wird. Woher die Summe genau kommt, bleibt offen.

Die Integration des Kita-Helfer-Programms in die Kindpauschale birgt Vor- und Nachteile. Dafür spricht die gesetzliche Absicherung und Dynamisierung. Dagegen spricht, dass die Mittel dann nicht mehr zweckgebunden für Kita-Helfer sind. Zu beachten ist auch, dass die Landesregierung die Mittel zuletzt immer stärker abgesenkt hat. (Kürzung von 164 Millionen Euro in 2024 auf 128 Millionen Euro in 2026 vorgesehen.)

Unsere Alternative zu Deprofessionalisierung und Qualitätsabbau heißt: Ausbildungszahlen steigern, Träger fördern, Fachkräfte unterstützen!

Fünf Jahre wurden die Fördersätze für die praxisintegrierte Erzieherausbildung in Nordrhein-Westfalen nicht angepasst. Geht es nach CDU und Grünen in NRW sollen die Träger auch noch ein sechstes und siebtes Jahr auf Veränderungen warten.

Seit 2021 geht die Zahl der Schülerinnen und Schüler bzw. Studierenden an den Fachschulen für Erzieherinnen und Erzieher zurück (Quelle: Amtliche Schuldaten Nordrhein-Westfalen):

- 2021: 26.195
- 2022: 25.870
- 2023: 24.974
- 2024: 23.459

Diese Entwicklung verträgt keinen Aufschub mehr! In einem ersten Schritt müssen die unbesetzten knapp 4.000 Ausbildungsplätze im Erziehungsbereich besetzt werden und darauf aufbauend die Zahl der Schulplätze und der Ausbilderinnen und Ausbilder, sowie der Lehrerinnen und Lehrer an den Fachschulen erhöht werden.

Nicht immer wird vorhandenes Geld zielsicher eingesetzt. Das Land fördert mit Flexibilisierungsmitteln erweiterte Öffnungszeiten. 32 Millionen Euro flossen davon zuletzt an das Land zurück. Die Konsequenz von Schwarz-Grün? Der Ansatz wird von 95 Millionen Euro auf knapp 100 Millionen Euro im Haushalt erhöht. Unter anderem aus diesen Mitteln wollen wir verstärkt in Ausbildung investieren.

- Das Land soll eine Vollfinanzierung der praxisintegrierten Ausbildung für Kita-Träger durch Erhöhung der zweckgebundenen Fördersätze im KiBiz vornehmen.
- Die Ausbildung aller Fachkräfte vergütet werden. Für die vollzeitschulische Ausbildung wird eine Anreizfinanzierung benötigt.
- Die Kürzungen bei den Kita-Helfern müssen zurückgenommen werden.
- Wir wollen weitere Unterstützungskräfte beispielsweise im Bereich der Verwaltung ermöglichen.

Family first - von erfolgreichen Kommunen lernen!

Eine gute familienfreundliche Politik setzt auf gute Kitas. Das zeigen die erfolgreichen Kommunen vor Ort. Und davon sollte auch das Land lernen.

- **Mönchengladbach** hat seit 2019 **700 neue Fachkräfte** gewinnen können. Dabei setzt die Stadt unter anderem auf Anwerbung von ausländischen Fachkräften (besonders Spanien), denen man sogar Wohnungen vermittelt hat. Außerdem hat man sich an einem Projekt für Quereinstiege beteiligt, vor allem konnte man aber durch die Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals Verbesserungen erzielen.
- In **Hamm** sehen wir eine strategische Bedarfsplanung in der frühkindlichen Bildung. So entsteht wesentliches Steuerungswissen. Ein Resultat: Mit der Schaffung von 56 neuen Kita-Gruppen schafft Hamm sämtliche Überbelegungsplätze ab. Auch bei Kindern mit Behinderung setzt Hamm auf Gruppenstärkenreduzierung statt zusätzlicher Fachkraftstunden. Hinzu kommt die Schaffung zusätzlicher Differenzierungsräume.
- **Dormagen** setzt auf **kleinere Kita-Gruppen** und geht damit den umgekehrten Weg von Schwarz-Grün. In den städtischen Kitas werden in einem Modellprojekt die Gruppengrößen angesenkt. Die Stadt will dadurch die Betreuungsqualität und die Zuverlässigkeit erhöhen, das Kindeswohl stärken und den Stress für das Personal reduzieren. Die Folge: Bewerbungen aus ganz Deutschland.
- **Detmold** übernimmt die **Trägeranteile** von Kitas zu 100 Prozent. Elterninitiativen erhalten sogar 101 Prozent. Dafür verpflichten sich die Träger unter anderem, den Maximalwert nach KiBiz bei der Personalbesetzung vorzuhalten und an gemeinsamen Qualitätssicherungsprozessen teilzunehmen. Hinzu kommt nachhaltige Verpflegung angelehnt an die DGE-Standards mit täglich frischem Obst und Gemüse.
- **Velbert** setzt auf einen eigenen, zentral organisierten **Vertretungspool**. Die Stadt hat mehrere sozialpädagogische Fachkräfte eingestellt, dies als Springer zur Verfügung stehen. Ziel ist es, die überlasteten Kita-Mitarbeiter zu entlasten, das Personal langfristig zu halten und die Betreuungssicherheit für die Kinder zu gewährleisten.

Diese Beispiele zeigen: **Eine andere Kita-Politik ist möglich.** Wir wollen:

- Eine neue Kita-Finanzierung. Die Planungsgarantie muss zu einer **Einrichtungsfinanzierung** mit einem belegungsunabhängigen Sockel weiterentwickelt werden. Schwankende Kinderzahlen und geburtenschwache Jahrgänge dürfen den Ausbau der Infrastruktur der frühkindlichen Bildung nicht gefährden.
- Die Überbelegungen müssen zurückgeführt und **kleinere Gruppen** landesweit ermöglicht werden, damit Beschäftigte weniger Stress ausgesetzt sind und die Bildungschancen der Kinder verbessert werden. Demografiegewinne müssen im System bleiben.

- Ein **Chancenjahr** für alle Kinder mit besonderem Förderbedarf vor der Einschulung, wie im jüngst veröffentlichten Bericht der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“ empfohlen.